

An den
Ersten Bürgermeister
der Freien Hansestadt Hamburg
Herrn Ole von Beust
Rathaus

20095 Hamburg

Regionalgruppe Hamburg

Kulturhaus Eppendorf
Martinistrasse 40
20251 Hamburg

Tel.: 040/479347
Fax: 040/473119

TIDHH@t-online.de
www.tibet-hamburg.de

**Offener Brief anlässlich des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens
in Peking 1989**

Hamburg intensiviert Wirtschaftskontakte zu China.
Tibet Initiative Deutschland e.V., Regionalgruppe Hamburg erinnert an Menschenrechte und
Rechtsstaatlichkeit.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Hamburg, 3. Juni 2004

der morgige 4. Juni 2004 markiert den 15. Jahrestag der Ermordung hunderter friedlich
demonstrierender Studenten und Zivilisten in Peking und der Verhaftung zehntausender
Demonstranten in ganz China.

In der Nacht zum 4. Juni 1989 zog die schwer bewaffnete chinesische Armee in Peking ein, um
den Tiananmen-Platz zu räumen, auf dem Studenten seit mehreren Wochen für politische und
wirtschaftliche Reformen demonstrierten. Die Bilder der Panzer und Soldaten, die auf wehrlose
Demonstranten feuerten, gingen damals um die Welt und sorgten für weltweites Entsetzen.

Zehntausende von Personen wurden nach dieser brutalen Niederschlagung verhaftet, gefoltert,
über Jahre inhaftiert oder hingerichtet. Zahlreiche Personen, die mit den damaligen Protesten in
Verbindung gebracht wurden, sind noch heute in Haft oder mußten das Land verlassen. Stimmen
aus dem In- und Ausland, die eine vollständige, unabhängige und unparteiische Untersuchung
der Vorfälle fordern, werden von der chinesischen Führung nach wie vor ignoriert.

15 Jahre nach dem Tiananmen-Massaker ist die Situation der Menschenrechte in China weiterhin
besorgniserregend. So kommt es unverändert zur:

- Anwendung der Todesstrafe – in hoher Zahl und nach Gerichtsprozessen, die nicht international anerkannten Standards entsprechen.
- Anwendung von Folter, nicht rechtmäßigen Gerichtsverfahren und Inhaftierungen ohne rechtskräftiges Urteil.

- Einschränkung des Rechts der Information und der freien Meinungsäußerung über das Internet.
- Unterdrückung jeglicher politischen Meinungsäußerung, kultureller und religiöser Freiheit in Tibet.
- Unterdrückung von Kultur und Religion der Volksgruppe der Uiguren in Xinjiang (Ostturkistan).
- Verfolgung und Unterdrückung religiöser Gruppen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zu China, insbesondere zu Shanghai spielen für Hamburg eine herausragende Rolle. Die Förderung und Erschließung neuer Absatzmärkte in Asien stärkt auch den Wirtschaftsstandort Hamburg - durch neue Investoren, Unternehmen und schließlich durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Diese Ziele berechtigen allerdings unter keinen Umständen, über gravierende Verletzungen der Menschenrechte hinwegzusehen. Eine langfristig erfolgreiche Zusammenarbeit, im ökonomischen wie im politischen und sozialen Bereich, kann nur auf der Basis gemeinsam anerkannter und praktizierter Grundrechte erfolgreich sein. Der wirtschaftlichen Öffnung Chinas müssen daher endlich konkrete politische Reformen folgen.

Die Volksrepublik China hat sich mit der Unterzeichnung und Ratifizierung verschiedener UN-Konventionen zu den Menschenrechten und Grundfreiheiten dem Schutz ziviler und politischer Rechte verpflichtet. Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen auf der Grundlage des Strafgesetzbuches, auf administrative Anordnung hin, in Regionen mit ethnischen Minderheiten, internationalen Standards nicht entsprechenden Gerichtsverfahren, Folterung und Mißhandlung von Gefangenen und exzessive Anwendung der Todesstrafe sind leider in der Volksrepublik China eine gängige Praxis. Wir fordern Sie daher auf, Menschenrechtsverletzungen vorzubringen und auf die effektive und aufrichtige Umsetzung internationaler Verpflichtungen zum Schutz weltweit anerkannter humanitärer Grundrechte zu drängen.

Mit freundlichen Grüßen



i. A. Simone Joswig

Tibet Initiative Deutschland e.V.
Regionalgruppe Hamburg